

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
 (INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

22. Jahrgang

Berlin, den 18. November 1955

Nummer 46

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig

Die Preisentwicklung in der Bundesrepublik seit der Währungsreform

Die angeblich „dauernd steigenden Preise“ bilden das wichtigste Beweismittel für die seit Monaten im Mittelpunkt der volkswirtschaftlichen Diskussionen stehende „konjunkturelle Überhitzung“. Bei dieser Sachlage dürfte die nachfolgende, der Platzersparnis sowie der besseren Übersicht wegen zumeist graphische Berichterstattung über die tatsächlich festzustellende Entwicklung zu der u. E. wünschenswerten Beruhigung von Wirtschaft und Bevölkerung beitragen.

Ein kurzer Rückblick auf die Preisentwicklung in den letzten fünf Jahren zeigt, daß nach dem steilen, durch die Entwicklung im Ausland veranlaßten Preisanstieg in der Korea-Haube — der innerhalb eines Jahres eine Erhöhung in den verschiedenen Bereichen des Binnen-Preisniveaus zwischen 10 und 25 vH ausgelöst hatte — sich in den Jahren von Ende 1951 bis 1955 eine weit ausgeglichene Preisbewegung vollzog, die im Durchschnitt der Bereiche der Grundstoffpreise, der Erzeugerpreise und der Verbraucherpreise Unter-

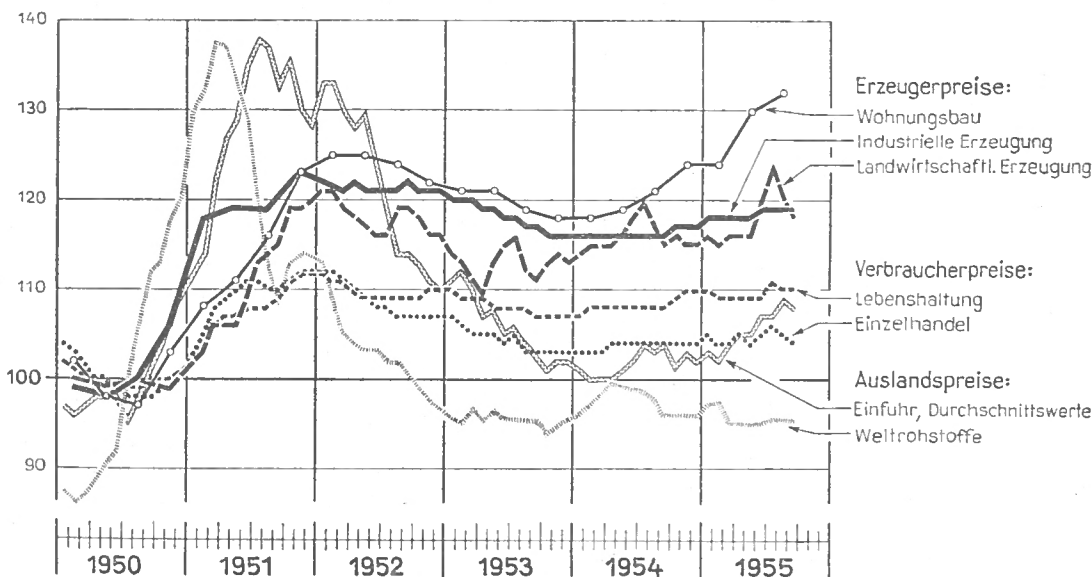
schiede zwischen dem jeweiligen Höchst- und Tiefstand von 4 bis 10 vH aufwies¹⁾.

Während die Preissteigerungen im Ausland bereits Mitte 1951 ihren Höhepunkt erreichten, setzten die deutschen Preise ihre Aufwärtsbewegung zunächst noch

¹⁾ Eine Ausnahme machen die Baupreise, die gegenwärtig den Mitte 1952 erreichten Höchststand überschritten haben. Dabei ist allerdings der Baupreisindex besonders problematisch, da er auf einem „festen Warenkorb“ beruht und die veränderte Bauweise nicht berücksichtigt; dieses methodisch bedingte Vorgehen führt zu einer gewissen Überhöhung des Index.

PREISENTWICKLUNG IN VERSCHIEDENEN PREISBEREICHEN

1950=100



fort. Ein Tendenzumschwung in der deutschen Preisbewegung zeigt sich erst um die Jahreswende 1951/52, beginnend bei dem Durchschnitt der industriellen Erzeugerpreise und sich fortsetzend mit wenigen Monaten Phasenverschiebung bei dem Durchschnitt der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, der Einzelhandelspreise, der Lebenshaltungskosten, der Baupreise und schließlich im September 1952 bei den Grundstoffpreisen. Insgesamt erstreckte sich die Phase der allgemeinen Preisrückgänge, mit einer anschließenden kürzeren teilweise auch längeren Periode von Preisstabilität, von 1952 bis in das Jahr 1954 hinein. Bereits Ende 1953 wurde ein neuer Entwicklungsabschnitt mit steigender Preistendenz durch eine Erhöhung im Preisniveau der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eingeleitet, der im Laufe des Jahres 1954 Steigerungen in den anderen Preisbereichen folgten. Dabei wurde aber der Preishöchststand der Koreahausse — abgesehen von den Baupreisen und von der diesjährigen Saisonspitze der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise — nur von der Gruppe der in- und ausländischen Grundstoffe erreicht.

Bezogen auf den Durchschnitt des Jahres 1950 vollzog sich die Preisentwicklung seit Ende 1951 in zwei deutlich zu unterscheidenden Höhenlagen. Das Niveau der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugerpreise hielt dauernd einen Abstand von 10 bis 24 vH zu dem des Jahres 1950. Es stand dabei wesentlich unter dem Einfluß der Entwicklung der Grundstoffpreise am deutschen Markt, die — 1950 infolge staatlicher Einflußnahme noch verhältnismäßig niedrig — im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung und unter dem Einfluß der Auslandspreise erheblich anzogen. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise, die in ihrer Entwicklung zunächst hinter den industriellen Erzeugerpreisen zurückgeblieben waren, konnten diesen Rückstand seit 1953 allmählich ausgleichen.

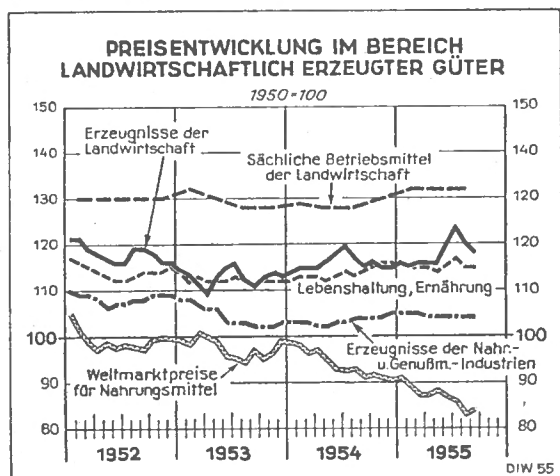
Das Niveau der Verbraucherpreise, das infolge des starken Nachholebedarfs bereits 1950 verhältnismäßig hoch lag, bewegte sich 1951 bis 1955 in einer Spanne von nur 3 bis 12 vH über dem Stand des Jahres 1950. In dieser Zeit konnten die Einzelhandelspreise infolge eines Abbaues der 1950 und 1951 durch Nachfragedruck überhöhten Preise industrieller Verbrauchsgüter um 8 vH gesenkt werden. Im Preisindex der Lebenshaltungskosten schlug diese Entwicklung allerdings nicht so stark durch, da hier die steigenden Preise für Wohnungsnutzung und verschiedene andere Dienstleistungen sowie die Entwicklung der Kohlen- und Heizungspreise hemmend wirkten; insgesamt ergab sich eine Ermäßigung der Lebenshaltungskosten um 4,5 vH.

Im Gegensatz zu den deutschen Preisen haben die Preise für ausländische Güter entsprechend der weit stärkeren Korea-Preishausse einen größeren Preisabfall aufzuweisen; das Niveau der Weltrohstoffpreise liegt seit Mitte 1953 im Durchschnitt unter dem Stand von 1950. Auf ein etwas höheres Niveau spielten sich zunächst die Durchschnittswerte der Einfuhr ein, sie erhöhten sich aber im Laufe des Jahres 1955 um etwa 6 vH, was wiederum einen deutlichen Einfluß auf die Grundstoffpreise am deutschen Markt ausübte.

Die Preisbewegungen im Bereich landwirtschaftlich erzeugter Güter

Für die Lebenshaltungskosten am bedeutsamsten erwies sich die Preisbewegung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Wenn man von den starken saisonalen

Preisbewegungen absieht, so läßt sich ein konjunkturelles Ansteigen des Preisniveaus deutlich erkennen, und zwar lagen die Preise im dritten Quartal 1955 um 4 vH über dem Stand des Vorjahres und um 8 vH über dem Stand von 1953. Mit diesem Preisverlauf hat zwar die Landwirtschaft die Preisschere in bezug auf die industriellen Erzeugerpreise wieder geschlossen, aber ihre Position gegenüber den Betriebsmittelpreisen — die zwischen August 1954 und Februar 1955, insbesondere verursacht durch die Erhöhung der Baukosten, wieder angezogen hatten — nur geringfügig verbessert.



Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise machte sich nur in geringem Umfang bei den Erzeugnissen der Nahrungsmittelindustrie, in höherem Maße allerdings bei dem gesamten Nahrungsmittelbedarf der Verbraucher bemerkbar. Die Preise der Nahrungsmittelindustrie bewegen sich unter dem Einfluß der Konkurrenzverhältnisse und der seit 1953 sinkenden Weltrohstoffpreise zur Zeit noch um 6 Punkte unter ihrem Höchststand Ende 1951 und nur um 2 Punkte über dem Tiefststand Ende 1953. Diese Preisvorteile haben dem Verbraucher allerdings wegen des trotz starker Preissteigerung wachsenden Verbrauchs tierischer Produkte im ganzen nur einen geringen Ausgleich zu bieten vermocht.

Die Preisbewegungen im Bereich industriell erzeugter Güter

Die Periode der Preisrückgänge und Preisstabilität war im Bereich der industriellen Erzeugerpreise, die im Laufe der Jahre 1952 und 1953 im Durchschnitt allmählich um insgesamt fast 6 vH abnahmen, besonders lang. Dabei entsprachen die Ermäßigungen der Preise für Grundstoffe sowie Produktions- und Investitionsgüter etwa dem durchschnittlichen Rückgang aller Erzeugerpreise, während die Konsumgüterpreise — die 1950 infolge der durch starken Nachholbedarf regen Nachfrage hoch lagen und bereits seit dem Frühjahr 1951 rückläufig waren — sehr stark, nämlich um 25 vH, zurückgingen. Einen völlig entgegengesetzten Preisverlauf wiesen dagegen die Preise der weitgehend durch staatliche Anordnungen beeinflussten Bergbauerzeugnisse (insbesondere Kohle) auf, die seit 1950 fast in jedem Jahr weiter stiegen.

Die neuerliche Phase der Preissteigerungen wurde durch Preisveränderungen im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien eingeleitet. Hier erhöhten sich die Preise der im Rahmen der starken Investitionstätigkeit der Industrie wachsend nach-



gefragten Grundstoffe, wie z. B. Eisen und Stahl, NE-Metalle, Gummi, Papier und Holz. Im Durchschnitt stieg hier das Preisniveau von April 1954 bis September 1955 um rund 7 vH.

Die Preisbewegungen der Grundstoffe setzten sich in den nächstfolgenden Produktionsstufen in abgeschwächtem Maße fort, so erhöhte sich der Durchschnitt der Investitionsgüterpreise bei einer Phasenverschiebung von 4 bis 5 Monaten von Oktober bis zur Gegenwart nur um insgesamt 2,5 vH und liegt damit noch um fast 4 vH unter dem Höchststand im September 1952. Der Durchschnitt der Preisentwicklung wurde dabei von der Elektrotechnik und Stahlverformung (+ 4,5 vH) überschritten, beim Stahl- und Maschinenbau, bei der Feinmechanik und Optik sowie bei der Metallwarenerzeugung (+ 2 vH) und dem Fahrzeugbau (- 1 vH) unterschritten.

In den Erzeugerpreisen der Verbrauchsgüterindustrien²⁾ wirkten sich die Preiserhöhungen der Grundstoffherstellungsstufe in gewissen Steigerungen in der Holz- und Papierverarbeitung sowie Spiel- und Schuhwarenindustrie um die Jahreswende aus, so daß sich nach langer Stabilität der Gesamtpreisdurchschnitt im Januar 1955 um knapp 1 vH erhöhte; im Mai jedoch fiel dieser Index wieder auf den alten Stand zurück. Besser noch als diese Erzeugerpreisindexziffer für Konsumgüter zeigt die Entwicklung der Einzelhandelspreise für alle gewerblichen Güter, daß die Preisbewegungen in der Industrie für den Verbraucher praktisch ohne Bedeutung waren. Die Preisindexziffer des Einzelhandels, ohne Nahrungsmittelerzeugnisse, hat seit 1954 nur um 1 vH zugenommen und ist seit Februar dieses Jahres unverändert.

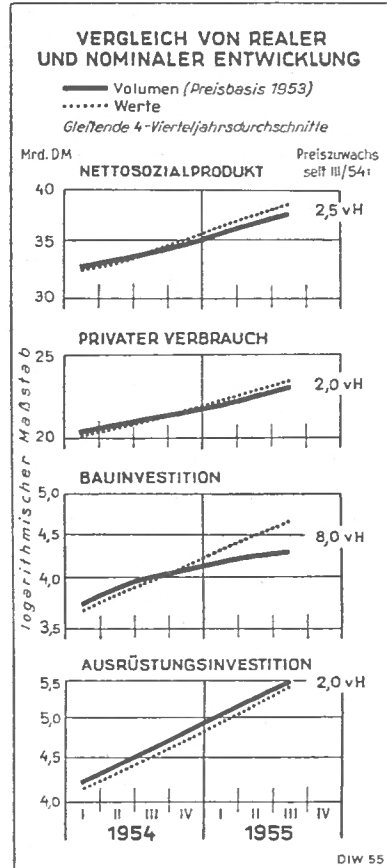
Preisentwicklung und gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist die seit 1954 in den verschiedenen Preisbereichen beobachtete Erhöhung nicht allzu bedeutsam.

Bei einer Steigerung z. B. des Privaten Verbrauchs um 9 vH binnen eines Jahres ist die Lebenshaltung der Verbraucher nur um 2,0 vH teurer geworden. Gleich groß (+ 2 vH) war die Preiserhöhung bei den Investitionsgütern industriellen Ursprungs. Allerdings stand dieser Preissteigerung eine Zunahme der gesamten Ausrüstungsinvestition um nicht weniger als 19 vH gegenüber, so daß also hier die Preissteigerung

²⁾ In dieser Indexziffer sind allerdings Konsumgüter der Elektrotechnik, der Optischen- und Metallindustrie nicht enthalten.

kaum ins Gewicht fällt. Ein völlig anderes Ergebnis erhält man allerdings bei dem Vergleich einerseits des Zuwachses der Bauproduktion, andererseits der Baupreise. Die Bauproduktion ist nämlich seit III/54 nur um 6 vH gewachsen, während die Preise um 8 vH zunahmen. In diesem Teilbereich der Volkswirtschaft kann somit mit Fug und Recht von einer konjunkturellen Überhitzung gesprochen werden.



Trotz dieser aus vielen Gründen sehr unerwünschten Teilerscheinung hat sich die Erhöhung des auf das gesamte Nettosozialprodukt bezogenen Preisniveaus in engen Grenzen gehalten: Hier stand einer realen Zuwachsrate von knapp 10 vH eine Preiserhöhung um 2,5 vH gegenüber. Wenn auch eine Preissteigerung in diesem Umfang, sofern sie von Bestand sein sollte, wegen ihrer Auswirkungen auf die Bewertung der Geldvermögen unerwünscht ist, so darf bei der Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung nicht vergessen werden, daß sich eine so hohe reale Zuwachsrate des Sozialprodukts, wie sie im laufenden Jahr tatsächlich erreicht wurde, ohne ein auf eine starke Expansion eingestelltes konjunkturelles Klima kaum hätte erzielen lassen. Ein solches Klima bringt es mit sich, daß der einzelne nach höherem Einkommen strebt, auch dann, wenn es sich, was er ja nicht übersehen kann, letztlich teilweise nur um nominale Erhöhungen handelt. Im übrigen ist anzunehmen, daß — schon aus Gründen des begrenzten Arbeitskräftepotentials — die reale Zuwachsrate des Sozialprodukts im kommenden Jahr wieder zurückgehen wird. Ebenso läßt die Beobachtung der Preisentwicklung in allerletzter Zeit den Schluß zu, daß zwar die Preissituation noch immer labil ist, daß aber Preiserhöhungen in dem Ausmaß des Vorjahres für das kommende Jahr nicht zu erwarten sind.

Der westdeutsche Arbeitsmarkt im Herbst 1955

Die im vorigen Jahr verschiedentlich geäußerte Vermutung, daß sich die Zunahme der Beschäftigtenzahl in Westdeutschland mit der Annäherung an die Vollbeschäftigung verlangsamen würde und insbesondere mit einer erheblichen weiteren Reduzierung der bereits im Herbst 1954 stark verringerten Arbeitslosenzahl nicht zu rechnen wäre, ist durch die wirtschaftliche Entwicklung des letzten Jahres nicht bestätigt worden. Sowohl die Ausweitung der Beschäftigung als auch der Abbau der noch vorhandenen Arbeitslosigkeit gingen absolut und relativ beträchtlich über das in den vorangegangenen Jahren erreichte Ausmaß hinaus. Es hat sich also gezeigt, daß in einer vollbeschäftigten Wirtschaft auch vom Arbeitsmarkt her die Grenzen für ein weiteres Wachstum nicht so starr sind, wie häufig angenommen wird.

Mit 17,8 Millionen erreichte die Beschäftigtenzahl Ende September 1955 ihren bisher höchsten Stand und lag um 976 000 oder 5,8 vH über der Zahl von Ende September 1954. Eine so große Zunahme der Beschäftigung war noch in keinem Jahr seit der Währungsreform zu verzeichnen. Der Mehrbedarf an Arbeitskräften wurde zu einem weitaus größeren Teil als in den früheren Jahren durch den verstärkten Abbau der Arbeitslosigkeit gedeckt, die sich bis Ende September 1955 gegenüber dem Vorjahrsstand um 327 500 auf 495 000, das sind nur noch 2,7 vH der Arbeitnehmer, verringert hat. Im vorangegangenen Jahr (September 1953 bis September 1954) war die Arbeitslosenzahl, bei einer Beschäftigtenzunahme von 786 000 (4,9 vH), nur um 119 000 auf 822 500 zurückgegangen.

Die Veränderungen im Bestand an Beschäftigten und Arbeitslosen in Westdeutschland in 1000

Zeit	Veränderung (Zunahme +, Abnahme -), jeweils vom 1. Oktober bis zum 30. September								
	Beschäftigte			Arbeitslose			Arbeitnehmer		
	ge-samt	männ-lich	weib-lich	ge-samt	männ-lich	weib-lich	ge-samt	männ-lich	weib-lich
1950/51	+589	+338	+251	-37	-68	+31	+552	+270	+282
1951/52	+572	+344	+228	-184	-155	-30	+387	+190	+198
1952/53	+588	+320	+268	-109	-52	-57	+479	+268	+211
1953/54	+786	+463	+323	-119	-128	+10	+668	+335	+333
1954/55	+976	+565	+411	-328	-236	-91	+648	+329	+319

Die unerwartet weitgehende Reduzierung der Arbeitslosenzahl seit dem Herbst 1954 hat gezeigt, daß in der Zahl der aus strukturellen Gründen Arbeitslosen in den arbeitsmarktmäßig ungünstig gelegenen Gebieten noch Reserven von mehreren Hunderttausend vorhanden waren. Nicht zuletzt durch die intensiven Bemühungen der Arbeitsämter um weiteren regionalen Ausgleich gelang die Einschaltung eines großen Teiles dieser bisher brachliegenden Reserven. In den ersten acht Monaten dieses Jahres konnten über 215 000 Arbeitsuchende in außerhalb ihres Wohnsitzes gelegene Arbeitsstellen vermittelt werden.

Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die dem Ziel dienen, die Arbeitskräfte an die Arbeitsstätten heranzuführen, finden zwangsläufig ihre Grenzen einerseits in der stärkeren Ortsgebundenheit der jetzt noch vorhandenen Arbeitslosen, zumal es sich dabei zum größten Teil um Frauen handelt, und andererseits

in dem Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten in den Zentren des Kräftebedarfs. Der gegebenen Situation Rechnung tragend, bemühen sich daher verschiedene Unternehmungen neuerdings stärker, als dies in den vergangenen Jahren der Fall war, um die Gründung von Zweigniederlassungen besonders in den noch mit höherer Arbeitslosigkeit belasteten Randgebieten, um auf diese Weise die Produktionsstätten an die Arbeitskräfte heranzubringen.

Seit dem Herbst 1950 hat sich das westdeutsche Arbeitskräftepotential um 2,73 Millionen Arbeitnehmer, davon 1,39 Millionen Männer und 1,34 Millionen Frauen, erhöht. Im Herbst 1950 hatte sich der Bestand an Arbeitnehmern, insgesamt 15,57 Millionen, zu 70 vH aus Männern und zu 30 vH aus Frauen zusammengesetzt. Seitdem ist der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Beschäftigten ständig gestiegen, und zwar in nahezu dem gleichen Maße wie ihr Anteil an der Zahl der Arbeitnehmer. Die Zahl der weiblichen Arbeitslosen übertrifft seit dem Juni 1955 die der männlichen. Unter den Ende September dieses Jahres gezählten 495 000 Arbeitslosen waren nur noch 225 000 Männer, womit die Arbeitslosenquote für die Männer auf 1,8 vH der Arbeitnehmer abgesunken ist (September 1954 = 3,9 vH), während sie für die Frauen noch 4,5 vH beträgt (September 1954 = 6,3 vH). In diesen Ziffern kommt die nahezu vollständige Inanspruchnahme der Reserven an männlichen Arbeitslosen zum Ausdruck.

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten und Arbeitslosen in Westdeutschland

Stand am 30. Sept.	Beschäftigte		Arbeitslose		Arbeitnehmer	
	gesamt	dar. weibl.	gesamt	dar. weibl.	gesamt	dar. weibl.
	in 1000	in vH	in 1000	in vH	in 1000	in vH
1950	14 296	30,1	1 272	32,1	15 567	30,2
1951	14 885	30,6	1 235	35,6	16 120	31,0
1952	15 456	30,9	1 051	39,0	16 507	31,4
1953	16 044	31,5	941	37,4	16 986	31,8
1954	16 831	31,9	823	43,9	17 653	32,5
1955	17 807	32,5	495	54,5	18 302	33,1

Die eingangs erwähnte auch in der vollbeschäftigten Wirtschaft noch vorhandene Elastizität des Arbeitsangebots im ganzen schloß jedoch nicht aus, daß in Teilbereichen schon frühzeitig erhebliche Spannungen auftraten. Den Mangel an Facharbeitern suchten die Betriebe durch Umschulung geeigneter Kräfte, durch Mehrschichten- oder Überzeitarbeit zu mildern. Auch ältere und weniger leistungsfähige Kräfte fanden Beschäftigung, und bisher männlichen Kräften vorbehaltene Arbeitsplätze wurden mit Frauen besetzt. Um bis jetzt nicht erwerbstätigen Frauen den Übergang in die Berufsarbeit zu erleichtern, wurden mehr Arbeiten in Heimarbeit vergeben und weitere Möglichkeiten für Halbtagsbeschäftigung geschaffen.

Die Schwierigkeiten erhöhten sich für verschiedene Wirtschaftszweige dadurch, daß Facharbeiter in Industriezweige mit besserer Entlohnung und günstigeren Arbeitsbedingungen abwanderten. Vor allem für den Bergbau gestaltet sich die Beschaffung der erforderlichen Ersatz- und Nachwuchskräfte immer schwieriger.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Burgstraße 160.
Präsident: Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg. *Abteilungsleiterkollegium*: Dr. Gerhard Abeken, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Rolf Krenzel, Dr. Hans Liebe, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelfohndamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstr. 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N65, Friedrich-Krause-Ufer 24. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 32,—, halbjährlich DM 17,—, vierteljährlich DM 9,—.

